

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

SONNABEND, 18. AUGUST 2017 | 1. GANZSEITEN-ANGANG | NR. 192 | EINZELPREIS 1,90 €

HEUTE:
4 Seiten
DOSSIER

Bremer Luft soll sauberer werden

Bundeszuschüsse in Millionenhöhe erwartet

VON JÜRGEN THEINER

Bremen/Hannover. Wie viele andere deutsche Großstädte muss Bremen die Schadstoffbelastung der Luft senken, sonst drohen gerichtlich angeordnete Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge. Dafür sind Anstrengungen auf allen Handlungsfeldern der Verkehrspolitik notwendig. Zusammen mit der Bremer Straßenbahn AG und dem Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) hat die Umweltbehörde jetzt ein entsprechendes Maßnahmenpaket geschmiedet. Der „Masterplan Green City“ fasst eine Vielzahl von Projekten zusammen, für die Bundeszuschüsse in Millionenhöhe erwartet werden. Nächste Woche soll er vorgestellt werden. Dem WESER-KURIER liegt das Dokument bereits vor.

Der Masterplan ist letztlich eine Folge des Diesel-Skandals. Durch Manipulationen an der Abgasreinigung stoßen viele Diesel-Pkw im realen Fahrbetrieb deutlich mehr Schadstoffe aus, als es ihre Zulassung erlaubt. Die von Experten noch vor wenigen Jahren erwartete Reduzierung der Luftbelastung in den Städten ist deshalb ausgeblieben. Vor diesem Hintergrund sehen sich inzwischen viele Kommunen Klagen von Umweltverbänden ausgesetzt, die drastische Maßnahmen zur Einhaltung gesetzlich erlaubter Schadstoffkonzentrationen in der Luft fordern. Die Bundesregierung reagierte auf diese Entwicklung im Jahr 2017 mit einem „Diesel-Gipfel“. Dabei wurde unter anderem verabredet, dass die gut 60 Kommunen, in denen 2016 der Stickstoffoxid-Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten wurde, sogenannte „Green-City-Masterpläne“ auflegen und dafür Gelder aus Berlin beantragen können. Eine Milliarde Euro befindet sich in diesem Finanztopf.

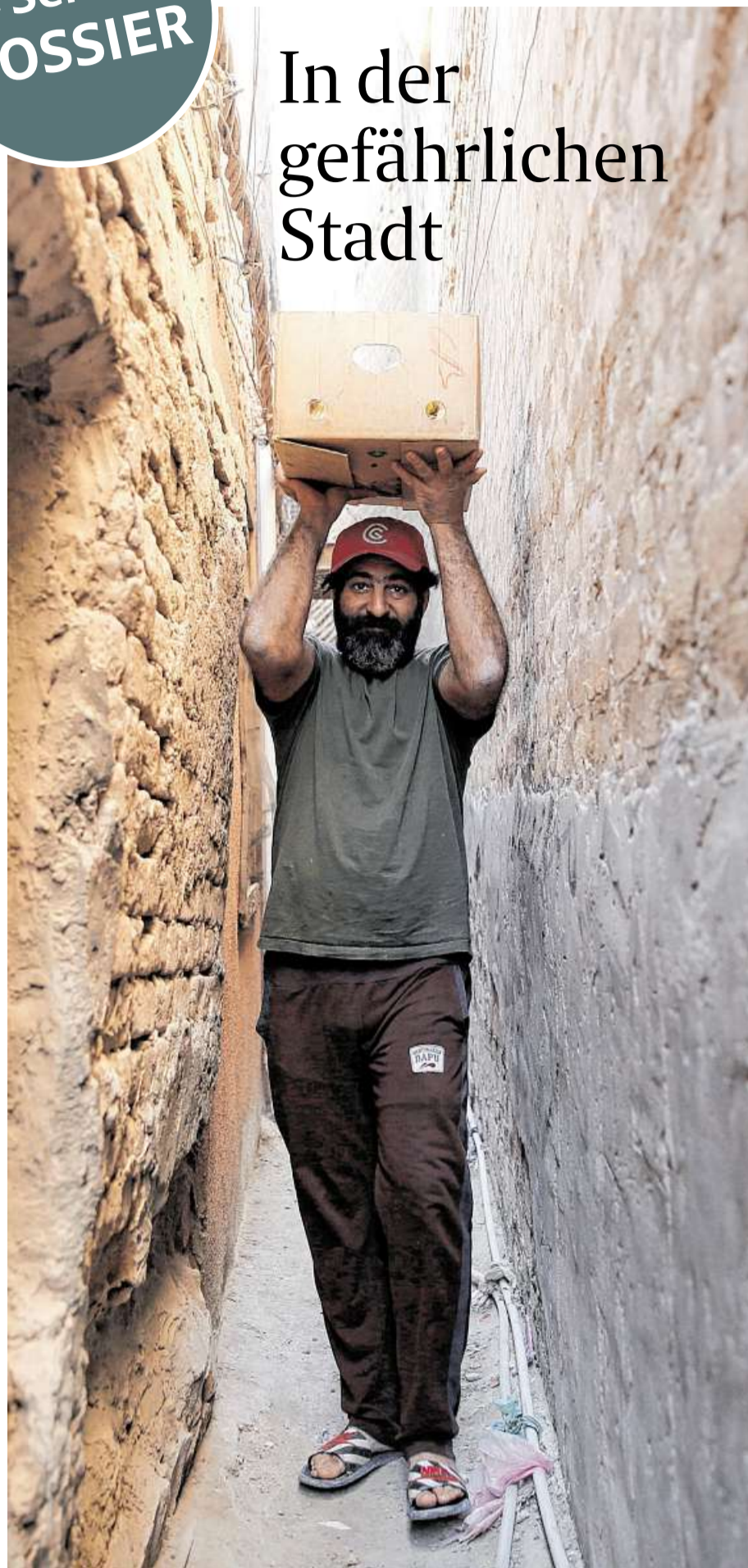
2016 riss Bremen den Grenzwert, wenn auch weniger deutlich als besonders belastete Kommunen wie Stuttgart. 2017 hielt die Hansestadt das Limit ein. Die Projekte des Masterplans sollen nun sicherstellen, dass die Stickstoffoxid-Belastung dauerhaft innerhalb des Toleranzbereichs bleibt. Im Fall einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit Umweltverbänden könnte der Senat zudem belegen: Wir sind nicht untätig geblieben.

Der Masterplan für Bremen gliedert sich in vier Komplexe. Der umfangreichste befasst

sich mit dem Carsharing, also der organisierten gemeinschaftlichen Nutzung von Automobilflotten, und Verbesserungen für Radfahrer und Fußgänger. In den übrigen Abschnitten geht es um Digitalisierung, das automatisierte Fahren sowie mehr Effizienz durch alternative Antriebe und Treibstoffe. Insgesamt umfasst der Handlungskatalog gut 70 Einzelprojekte. „Am schnellsten greift die Digitalisierung, weil man dafür nichts bauen muss“, sagt Gunnar Polzin. Der Abteilungsleiter Verkehr im Hause von Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) meint damit unter anderem die Weiterentwicklung von Anwendungen für Smartphones. So könnte etwa die VBN-App, die viele Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs auf ihrem Handy haben, mit Leihfahrrad- und Carsharing-Angeboten „zu einer Mobilitäts-App ausgebaut werden“, benennt Polzin eine der Ideen. Auch könnten in bestimmten Testgebieten Rufbusse per App geordert werden. Der Ausbau der Elektromobilität ist ein weiterer Baustein der „Green-City“-Strategie. So sollen in Neubaugebieten öffentliche Ladestationen in Zukunft ein selbstverständlicher Standard sein.

Auch dem Güterverkehr ist in der Green City Bremen ein Schadstoff-Einsparpotenzial zugewiesen. „Bei der Belieferung der Innenstadt und der angrenzenden, dicht bebauten Gebiete sollte es möglich sein, Waren von größeren Lkw auf Lastenräder und kleine Elektrofahrzeuge umzuladen“, ist Gunnar Polzin überzeugt. Daneben könnten Busse für den Transport von Gütern mitgenutzt werden. Die Stoßrichtung des Masterplans fasst Polzin in drei Worten zusammen: „Innovation statt Fahrverbote.“ Erste Anträge auf Fördermittel des Bundes seien von der Verwaltung bereits vorbereitet und könnten in Berlin gestellt werden, sobald die Politik ihr Okay gibt. „Für Bremen halten wir ein Fördervolumen von mehreren zehn Millionen Euro für realistisch“, sagt der Abteilungsleiter im Verkehrsressort.

Am Mittwoch, 22. August, wird der Masterplan der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der Veranstaltung in der BSAG-Zentrale am Flughafendamm sollen die Bausteine des Konzepts vorgestellt und mit dem Publikum diskutiert werden. Beginn ist um 16 Uhr. Auch in Niedersachsen sehen sich mehrere Städte bei der Abgasreduzierung zum Handeln gedrängt. Nach Angaben des Umweltministeriums in Hannover konnten 2016 sieben Kommunen den Stickstoffoxid-Grenzwert im Jahresmittel nicht einhalten. Neben der Landeshauptstadt waren das Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, Hameln, Braunschweig und Göttingen. Oldenburg hat inzwischen ein Green-City-Konzept aufgelegt, dessen Begleitung durch externe Fachleute vom Bund mit 165 000 Euro gefördert wurde (Bremen: 200 000 Euro). Es setzt unter anderem auf eine beschleunigte Modernisierung der städtischen Busflotte sowie auf Elektromobilität und ein attraktiveres Radwegenetz.



In der gefährlichen Stadt

Asir Mutashar lebt in Bagdad und trägt seine Waren durch die Drebene Straße. Er ist einer von 7,7 Millionen Menschen, die in der wohl gefährlichsten Stadt der Welt ihren Alltag

organisieren. Unser Autor Norbert Rober hat die Stadt besucht und sich auf die Suche nach Normalität gemacht.

TEXT: DAM/FOTO: ANADOLU AGENCY/GETTY IMAGES
Dossier Seiten 3 bis 6

ANZEIGE

HB HANSESTADT BREMEN IMMOBILIEN

GUTSCHEIN
FÜR EINE KOSTENLOSE IMMOBILIENBEWERTUNG

0421 33 02 690

www.hansestadt-bremen-immobilien.com
Kostlos gegen Vorlage dieses Abschnitts bis zum 18.09.2018

Weniger ist mehr



Iris Hetscher über Talkshows

Ende 2017 erklärte der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm, Talkshows seien zu dominant im Programm der öffentlich-rechtlichen Sender. Er wünsche sich mehr Dokumentationen und Themenabende. Gute Idee. Acht Monate später ist nichts passiert. Im Gegenteil. Wenn Anne Will am Sonntag aus der Sommerpause zurückkehrt, startet eine Saison, in der es mit Dunja Hayali im ZDF eine weitere regelmäßige Talkerin gibt.

Kritik an den Talk-Formaten gibt es zu Recht, oft ist sie hart, nicht immer fair, manchmal wirft sie die Forderung nach zwölf Monaten Quassel-Pause. Darauf aber so überheblich zu reagieren wie Anne Will in dieser Woche, ist unangemessen. Man müsse die Titel der Sendungen und das Tableau der Gäste überprüfen, okay, aber es werde differenziert diskutiert, und die Quoten seien ja hoch. Letzteres stimmt, ist aber für öffentlich-rechtliche Sender mit garantierten Einnahmen irrelevant.

Vielleicht wird also Wolfgang Bosbach nicht mehr so oft zu sehen sein, eventuell rutscht nicht mehr jede zweite Sendung zwangsläufig in einen Streit über Zuwanderung ab. Könnte sein, dass es ab und an eine Moderatorin oder einen Moderator gibt, der oder dem es weniger um Schlagworte als um intelligente Beiträge geht. Noch besser wäre es aber, ARD und ZDF wagten den großen Wurf: Warum nicht eine Show pro Woche und Sender statt derzeit beinahe 20? Das wäre Lagerfeuer-TV par excellence. Und damit eine große Chance für das lineare Fernsehen.

Bericht Seite 21
iris.hetscher@weser-kurier.de



Gunnar Polzin, Abteilungsleiter in der Bremer Bau-, Umwelt- und Verkehrsbehörde, hofft auf Bundesgelder in zweistelliger Millionenhöhe für Green-City-Projekte.

FOTO: JONAS VÖLPPEL

VW-Ingenieuren droht Entlassung

Wolfsburg. Mehrere im Abgas-Skandal beschuldigte Volkswagen-Mitarbeiter könnten nach einem Bericht der „Bild am Sonntag“ in diesen Tagen die Kündigung erhalten. Das meldete die Zeitung am Freitag vorab. Dem Bericht zufolge sollen die möglicherweise vor der Entlassung stehenden Ingenieure in die Abgas-Affäre verwickelt sein, gegen sie ermittelte auch die Staatsanwaltschaft Braunschweig. Nach Informationen der Zeitung wollen sich die betroffenen Mitarbeiter gegen die Kündigungen juristisch zur Wehr setzen. Bislang habe VW auf fristlose Kündigungen verzichtet. Kurz nach dem Bekanntwerden des Skandals hatte laut dem Bericht Volkswagen seine Mitarbeiter aufgefordert, die Hintergründe zu dem systematischen Betrug offenzulegen. Die Staatsanwaltschaft hat 39 Beschuldigte im Fall der Software-Manipulationen beim Stickstoffdioxid-Ausstoß im Visier. Die Anklagebehörde ermittelt unter anderem auch gegen Ex-VW-Konzernchef Martin Winterkorn wegen Betruges sowie wegen möglicher Marktmanipulation. Er war im September 2015 von seinem Amt zurückgetreten – kurz nachdem US-Behörden Manipulationen bei Dieselaautos aufgedeckt hatten. VW hatte nur mit einer „defeat device“ genannten Software die Schadstoff-Grenzwerte bei Tests eingehalten. In Deutschland ordnete daraufhin das Kraftfahrtbundesamt für 2,4 Millionen Autos Rückrufe an.

DPA Bericht Seite 17

BREMEN

Telefonische Rettung

Etwas 250-Mal im Jahr geben die Mitarbeiter der Leitstelle der Bremer Feuerwehr und des Rettungsdienstes per Telefon Hilfestellung, wie das Leben eines Patienten gerettet werden kann.

9

NIEDERSACHSEN

Täuschen und Tricksen

Gammelfisch statt Frischfisch: Niedersachsens Agrarministerin weist im neuen Verbraucherschutzbericht auf Missstände und Mängel hin. Allerdings mahnt sie auch, weniger Lebensmittel zu verschwenden.

14

WIRTSCHAFT

Absturz der Lira trifft Bremer Betriebe

Die Geschäfte zwischen Bremen und der Türkei werden durch die aktuellen Entwicklungen belastet. Die Handelskammer verzeichnete schon 2017 einen deutlichen Rückgang des Handelsvolumens.

15

MEIN WERDER

„Wir müssen weiterkommen“

Wenn Werder an diesem Sonnabend bei Wormatia Worms im DFB-Pokal antritt, ist ein Sieg Pflicht für den Bundesligisten. Böse Überraschungen jedoch gab es in der Vergangenheit zuhauf, davon weiß auch Theo Gebre Selsaie ein Lied zu singen. „Jeder rechnet mit einem Sieg, das macht es schwer. Aber wir müssen weiterkommen“, sagt er im Interview.

FOTO: NORDPHOTO / EWERT

23



Familienanzeigen 33-38
Fernsehen 28
Lesermeinung 21

Rätsel & Roman 52
Tipps & Termine 27
Veranstaltungsanzeigen 19

Rekordbeteiligung bei Votum zur Zeit

Brüssel. Rund 4,6 Millionen EU-Bürger haben sich an der Abstimmung über die künftige Zeitzone in Europa beteiligt. Dies gab die Brüsseler EU-Kommission am Freitag bekannt. Im Vergleich zu anderen öffentlichen Befragungen sei dies ein Spitzenwert, betonte ein Sprecher der Behörde. Seit Anfang Juni konnten die Bürger im Internet abstimmen, ob sie an der jährlich zweimaligen Umstellung der Uhren auch in Zukunft festhalten wollen – und falls nicht, ob sie eher die winterliche Normalzeit oder die Sommerzeit in allen 28 Mitgliedstaaten haben möchten.

In den folgenden Wochen wollen die Experten in Brüssel die Ergebnisse auswerten. Die EU umfasst derzeit drei unterschiedliche Zeitzonen, künftig soll es nur noch eine sein. Noch ist unklar, ob beispielsweise die nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Nenner finden. Dennoch deutete sich bereits im Verlauf der Befragung an, dass die Mehrheit der EU-Regierungen offenbar ebenfalls eine einheitliche Zeit für das ganze Jahr befürwortet – und dabei die heutige Sommerzeit bevorzugt. Bis dahin aber dürfte es noch dauern. Wie die Kommission am Freitag betonte, will sie nach der Auswertung der Bürger-Befragung weitere Studien zurate ziehen, ehe ein konkreter Gesetzgebungsvorschlag präsentiert wird. Diesen müssten dann alle Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament billigen.

DWS Standpunkt Seite 2

KOPF DES TAGES

Gesine Cukrowski



In der Serie „Praxis Bülowbogen“ gab Gesine Cukrowski 1989 ihr Fernsehdebüt. Seither ist die 1968 in Berlin geborene Schauspielerin gern gesehener Gast in TV-Filmen und -Serien, unter anderem in „Der letzte Zeuge“ mit Ulrich Mühe oder den Krimis nach Büchern von Donna Leon. Am Sonnabend liest Gesine Cukrowski, die mit ihrer Tochter und ihrem Lebensgefährten in Berlin lebt, Texte über das Fernsehen beim „Tee in Lesmona“.

SHE

WETTER

Tagsüber 25°
Nachts 14°
Niederschlag 20%

Im Tagesverlauf wolkiger
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301903